

Markt und Mehrheit

Heike Göbel

Ressortleiterin Wirtschaftspolitik der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

„Auf Dauer kann es nicht gelingen, die notwendige Zustimmung zur Marktwirtschaft allein über das Versprechen einer immer ausgeklügelteren und ausgreifenderen staatlichen Organisation des Sozialen zu gewährleisten. Auf diesem Weg kommen zwangsläufig jene abhanden, die bereit sind, Risiken zu tragen und in ihre Ausbildung und in neue Ideen zu investieren.“

Der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ist eine ganz besondere Auszeichnung für mich, eine Journalistin, die zutiefst von den Vorzügen einer Wettbewerbsordnung für Freiheit und Wohlstand eines Landes überzeugt ist, und die sich keine schönere Aufgabe vorstellen kann, als sich kritisch mit der Gestaltung eben dieser Ordnung auseinanderzusetzen. Das ist allerdings auch eine Arbeit, die Demut lehrt. Tagtäglich spürt man die eigenen Begrenzungen: Es ist nicht einfach, die Brücke von der ökonomischen Theorie in den Alltag des Lesers und der Politik zu schlagen. Auch der Journalist hat, wenn er ehrlich ist, oft mehr Fragen als Antworten. Nicht immer gelingt der Versuch, Orientierung zu geben, langfristige Perspektiven und Notwendigkeiten zur Bewahrung unserer Wirtschaftsordnung im Blick zu behalten, und daraus trotzdem Rat abzuleiten, der kurzfristig relevant ist, gut begründet erscheint und nicht überheblich wirkt. Gute Argumente wissen viele Leser zu schätzen, auch wenn sie anderer Meinung sind. Auf Besserwisserei hingegen reagieren viele zu Recht empfindlich.

Ich will aber nicht verhehlen, dass es der für Wettbewerb eintretende Journalist wohl immer noch leichter hat als der Politiker. Der Journalist kann in einer Demokratie auch mit einer Minderheitenmeinung seinen Markt finden, das ist sogar essenziell für den Fortbestand der Demokratie. Er muss und sollte nicht auf Mehrheiten schießen.

Das Paradigma des Marktes hingegen in praktische Politik zu übertragen, ist die ungleich anspruchsvollere Aufgabe. Mein Respekt für die Leistungen des Wirtschaftsministers und späteren Kanzlers *Ludwig Erhard* wächst daher, je länger ich beobachte, wie schwer wir uns heute tun, den Wettbewerbsgedanken zu leben: den erworbenen Freiheitsgrad nicht nur nicht zu beschneiden, sondern möglichst zu erweitern. Erst wenn man sieht, wel-

che Mühe heute jede Veränderung kostet, die auf mehr wirtschaftliche Freiheit zielt, kann man ermessen, was *Erhard* 1948 und in den Folgejahren gelungen ist, als er gegen enorme Widerstände die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gelegt hat.

Auf dem Markt werden individuelle Wünsche erfüllt

Wir leben in einem Land, in dem das Soziale viel, ja immer mehr gilt, der Markt aber augenscheinlich immer weniger. Die Mehrheit macht sich keine Sorgen um die Fundamente unserer Wirtschaftsordnung: Wettbewerb, Vertragsfreiheit, Privateigentum und stabiles Geld. Ungleich größere öffentliche Aufmerksamkeit als auf diese für die Freiheit des Einzelnen essenziellen Prinzipien, richtet sich auf eine gerechte Verteilung des Marktergebnisses durch den Staat und auf die Gewährleistung sozialer Sicherheit, die viele dem Markt nicht zutrauen.

Die Skepsis, mit der Demoskopen zufolge die Mehrheit in Deutschland den Markt mittlerweile betrachtet, hat viele Gründe. Ausgangspunkt ist das Spannungsverhältnis zwischen dem Marktprinzip, als dem besten bekannten Weg zur Verteilung knapper Güter, und dem Mehrheitsprinzip, als dem besten Weg, politische Freiheit zu gewährleisten: Auf dem Markt zählt aber zuvorderst der Einzelwille, in der Demokratie hingegen vor allem das Kollektiv, der Mehrheitswille. Wer etwas friedlich verändern will, ist in der demokratischen Gesellschaft darauf angewiesen, möglichst viele Mitstreiter zu finden. Mit seiner Stimme allein kann er nichts ausrichten. Das Individuum zählt – überspitzt gesagt – nichts, die Gruppe alles.



Eine stabile demokratische Gesellschaft bedarf aber beider Organisationsprinzipien, des individualistischen Marktprinzips und des kollektivistischen Mehrheitsprinzips – auch wenn sie schwer ins Gleichgewicht zu bringen sind.

Aber lassen Sie uns einen Schritt zurückgehen: Was leistet der Markt? Es ist ganz hilfreich, sich diese Frage immer mal wieder zu stellen. Sie ist auch nur scheinbar banal. Die Vielfalt dessen, was dieser Koordinationsmechanismus für eine freie Gesellschaft leistet, geht in der Debatte heute allzu oft verloren.

Der Markt ist ein Instrument, mit dessen Hilfe das Individuum seine wirtschaftlichen Ziele friedlich und effizient verfolgen kann und zwar zum Nutzen auch des anderen, seines Gegenübers. Die Stimme und die Wünsche, das Handeln jedes Einzelnen – sie zählen am Markt. Auf einem freien Markt ist er nicht darauf angewiesen, dass seine Pläne – sei es als Anbieter oder als Nachfrager – denen einer Gruppe, gar einer Mehrheit entsprechen. Er muss sich nicht anpassen. Weder Gesinnung, Hautfarbe noch Lebensweise spielen bei Geschäften eine Rolle. Die Menschen, mit denen der Bürger am Markt handelt, müssen ihm nicht genauer bekannt sein, nicht seiner Gruppe, seinem Land oder seinem Kontinent zugehören.

Die Regeln des Marktes sorgen dafür, dass nicht die Logik des Kollektivs gilt, sondern die des Einzelnen. Voraussetzungen sind die Freiwilligkeit des Austauschs und die Möglichkeit, sich Informationen zu beschaffen. Jeder kann dann seine Fähigkeiten zu Markte tragen und – je nach Geschick – seinen Wohlstand mehren. Wie er das tut, geht niemanden etwas an, solange er sich an die gesetzlichen Spielregeln hält. So bedient der Markt alle Bedürfnisse, darunter natürlich auch solche, die mir nicht gefallen. Der Markt bringt Ideen hervor. Er erzwingt Toleranz: Leben und Leben lassen – mein Geschmack muss nicht deiner sein.

Auf einem funktionierenden Markt ist das Erwerben unbegrenzter Macht nicht möglich. Wettbewerb verhindert, dass einmal erworbene wirtschaftliche Stärke längere Zeit missbraucht werden kann: Irgendwann findet sich ein Konkurrent, der besser oder billiger liefert.

Die Freiheit, individuelle Verträge am Markt zu schließen und dadurch Güter und Dienste zu tau-

schen, hat ihren Preis. Es gibt keine Garantie, dass sich ein Vertragspartner zu den erwünschten Konditionen findet. Niemand garantiert den Markterfolg. Das Handeln am Markt geht einher mit Unsicherheit: Der Markt ist unbequem.

Der Markt hat einen schlechten Ruf

Für die Folgen seines Handelns am Markt haftet der Einzelne. Er muss mit seinen Entscheidungen leben: Verpasste Chancen, unvollständige Informationen und Fehleinschätzungen mindern seinen Wohlstand und darüber hinaus möglicherweise auch seine gesellschaftliche Position.

Und nicht nur das: Marktergebnisse – Preise, Löhne und Gewinne – sind das Ergebnis von Knappheiten. So gewährleistet der Markt, dass Ressourcen dahin wandern, wo sie letztlich zum Wohl des Ganzen den größten Nutzen stiften. Knappheitspreise können aber dem Empfinden einer gerechten Verteilung widersprechen. Was der Einzelne kann, bewertet der Markt schließlich nie absolut, sondern relativ zu den Fähigkeiten der anderen. Der Markt fragt auch nicht danach, ob Fähigkeiten hart erworben wurden oder ob sie mit der Geburt in den Schoß fielen. Das schöne Fotomodell mag mehr verdienen als der Mann von der Bergrettung, der sein Leben riskiert. Das hat dem Markt den Ruf eingetragen, unsozial und kalt zu sein und das Schlechte im Menschen hervorzu- bringen.

Dieses Urteil lassen aber selbst jene nicht unbedingt gelten, die von Amtes wegen dem Sozialen näher stehen als dem Markt. Über die ethische Dimension des Marktes sagt *Kardinal Lehmann*, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz: „Das individuelle Streben nach Existenzsicherung, Wohlstand und Anerkennung ist nicht möglich ohne Wettbewerb. Dieser fördert Innovationen, weil sich auch der Erfolgreiche nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen kann. Ein solches Selbstinteresse darf nicht einfach mit einer verwerflichen egoistischen Selbstliebe identifiziert werden. Selbstinteresse und Gemein Sinn verschränken sich miteinander und sind beide Grundelemente des menschlichen Verhaltens.“

Und der Philosoph *Karl Hohmann* merkt an: „Keine Ethik, am wenigsten eine christliche, kann vom Einzelnen verlangen, dass er dauerhaft gegen seine

Interessen handelt.“ Individuelles Vorteilsstreben sei innerhalb einer guten Rahmenordnung Motor der Solidarität und damit als sittlich erwünscht und gefordert einzustufen. *Hohmann* schließt daraus: Ethik und Marktwirtschaft seien kein Widerspruch. Vielmehr sei die Marktwirtschaft unter Bedingungen moderner Gesellschaften die beste bisher bekannte Ordnung der Wirtschaft zur Verwirklichung der Solidarität aller.

Die Mehrheit muss die marktwirtschaftlichen Regeln akzeptieren

Der Markt funktioniert tagtäglich und im Gegensatz zur Demokratie ohne Mehrheitsentscheidungen. Am Markt braucht der Bürger die Mehrheit nicht. Wirtschaftliche Freiheit bedarf nicht einmal zwingend politischer Freiheit, wie man derzeit in China beobachten kann. Der Umkehrschluss gilt freilich nicht, wie *Milton Friedman* in seinem Buch „Kapitalismus und Freiheit“ brillant dargelegt hat. Politische Freiheit lässt sich ohne wirtschaftliche Freiheit nicht sichern.

Der Markt ist allerdings darauf angewiesen, dass eine Mehrheit die ihn konstituierenden Regeln akzeptiert und schätzt. Wettbewerb, Vertragsfreiheit, Privateigentum, stabiles Geld – das sind die Fundamente der Marktwirtschaft. Es reicht aber nicht, diese Regeln einmalig, in einer Art *Erhardschen* Kraftaktes zu kodifizieren und durch Mehrheitsbeschluss gesetzlich zu fixieren.

Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ist darauf angewiesen, dass eine Mehrheit in der Gesellschaft ihre Vorzüge schätzt. Sie muss die Regeln – geschriebene wie ungeschriebene – unterstützen und schützen. Die Marktwirtschaft bedarf der Pflege.

Es gilt, die Regeln zum Schutz des Marktes immer wieder der Wirklichkeit anzupassen. So muss das einst national ausgerichtete Kartellrecht auch unter den Bedingungen des Europäischen Binnenmarktes funktionieren. Und man braucht wirkliche Regulierungen, wenn es technischer und politischer Fortschritt ermöglichen, dass sich einst netzgebundene staatlich monopolisierte Märkte der Privatwirtschaft öffnen.

Diese grundlegende Akzeptanz des Marktes zu gewährleisten, ist auch nach dem Scheitern des planwirtschaftlichen Gegenmodells der zentralen Ver-

waltungswirtschaften weder selbstverständlich noch einfach. Im Gegenteil: Es hat den Anschein, dass die Idee einer staatlich geschaffenen Gleichheit durch Eingriffe in die Marktergebnisse wieder stärker fasziniert, seit der Ostblock als abschreckendes Beispiel für staatliche Mangelwirtschaft und Gängelerei fehlt.

So kommt es, dass sich die Wirtschaftsminister der Bundesländer heute ohne Protest und zum offenkundigen Wohlgefallen vieler als Kontrolleure des Strompreises inszenieren. Ihre eigentliche Aufgabe wäre es aber, dafür zu sorgen, dass die Gebietsmonopole der Energiekonzerne fallen und der Energiemarkt zu einem echten Markt wird, auf dem Unternehmen um die Kunden konkurrieren und sich der Preis als Marktergebnis einstellt.

Wohl jeder Marktteilnehmer hat den Wunsch, die Unsicherheit, der er am Markt ausgesetzt ist, zu mindern. Er möchte Wohlstand und Sicherheit, nicht Wohlstand oder Sicherheit. Er möchte aber auch nicht Sicherheit ohne Wohlstand, also das grau anmutende Leben in den einstigen osteuropäischen Planwirtschaften, mit seinen täglichen Versorgungsschlangen.

Die wichtigste Voraussetzung für soziale Sicherheit ist jedoch der über den Markt individuell erwirtschaftete Wohlstand. Zivilisierte Gesellschaften schließen niemanden von diesem Wohlstand aus, der existenziell in Not gerät. Damit diese Garantie nicht ausgenutzt werden kann, braucht es eine gewisse Pflicht zur Mindestvorsorge. Auch diese lässt sich weitgehend über den Markt organisieren.

Kollektive Sicherheit ist nicht mit dem Marktprinzip vereinbar

Doch die Bürger der kontinentaleuropäischen Gesellschaften haben es mehrheitlich vorgezogen, dem Staat ein sehr weitreichendes Mandat zu geben, um sie vor den Unwägbarkeiten des Lebens zu schützen. Es ist mehrheitlich gewollt, dass der Staat zu diesem Zweck die Marktergebnisse in hohem Maße korrigiert.

Hier beginnt die Misere: Das Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit verletzt die Marktprinzipien und damit die Individualsphäre immer stärker. In Deutschland hat diese Entwicklung nicht erst gestern eingesetzt. Es ist immer wieder überraschend



und erschreckend, mit welchem Weitblick *Ludwig Erhard* die Gefahren vorausgesehen hat. Einige seiner Aussagen seien in Erinnerung gerufen: „Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich wie Feuer und Wasser.“ Oder: „Man will offenbar nicht erkennen, dass wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System kollektiver Sicherheit unvereinbar sind.“

Erhard stellte die entscheidende Frage: Hat denn das Eindringen des Staates, der öffentlichen Hand und der sonstigen Kollektive in das menschliche Leben, hat die damit verbundene Aufblähung der öffentlichen Haushalte und die dadurch bewirkte immer größere Belastung des einzelnen Staatsbürgers nun wirklich zur Vermehrung seiner Sicherheit, zur Bereicherung seines Lebens und zur Minderung der Lebensangst jedes Einzelnen beigetragen? Seine Antwort war ein eindeutiges Nein: „Die Sicherheit des einzelnen Menschen – oder zumindest das Sicherheitsgefühl – hat mit der Überantwortung seines Schicksals an den Staat oder an das Kollektiv nicht zugenommen, sondern abgenommen.“

Wer die öffentliche Debatte verfolgt, muss Zweifel bekommen, ob der Markt in Deutschland derzeit noch mehrheitsfähig ist. *Ludwig Erhard* müsste heute wohl damit leben, als Neoliberaler nicht bewundert, sondern geschmäht zu werden, wie dies kürzlich *Nikolaus Piper* von der Süddeutschen Zeitung kritisch anmerkte. Mit dem Etikett „neoliberal“ werden in Deutschland mittlerweile all jene versehen, die in Verdacht stehen, dem Bürger mehr zutrauen zu wollen, als ihm der Staat heute zubilligt. Merkwürdigerweise sehen sich diejenigen, die das Etikett so gern verwenden, stets als Vertreter einer Minderheit, die das Soziale bewahren will und sich daher einem mehrheitlich marktradikalen Zeitgeist in den Weg werfen muss.

Die Wirklichkeit sieht allerdings etwas anders aus. Keine der deutschen Volksparteien stellt *Helmut Kohls* einstiges Diktum in Frage, er wolle Wahlen gewinnen, nicht den Ludwig-Erhard-Preis. Keine der beiden Volksparteien glaubt, mit einem politischen Angebot, das sich zum Ziel setzt, die wirtschaftliche Freiheit konsequent auszuweiten, ließen sich Mehrheiten gewinnen.

Das finde ich erschreckend. In ihrer Analyse der vor einem Jahr nur knapp gewonnenen Bundes-

tagswahl, neigt die Union diesem Schluss wieder zu, und auch aus ihrer aktuellen Programmdebatte spricht die Sorge, mit zu viel Wettbewerb den Wähler zu vergraulen. Der Wähler suche nicht das Wagnis des Marktes, sondern die Sicherheit in einer unsicherer gewordenen Welt, heißt es zur Rechtfertigung. Es gelte, die Soziale Marktwirtschaft an die Bedingungen der Globalisierung anzupassen. Freilich zielen alle Überlegungen darauf, diese Anpassung über eine Ausweitung der staatlichen Fürsorge zu leisten, um das Soziale an der Sozialen Marktwirtschaft zu stärken.

Viel weniger Überlegungen richten sich darauf, den Markt zu stärken, obwohl dies doch angesichts der Dynamik, die Länder wie Indien, China und viele Staaten Osteuropas auf dem Weltmarkt entfacht haben, viel näher liegt. Diese Dynamik hat ihre Wurzeln in einer Rücknahme des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Gleichwohl zeigt sich in all diesen Ländern ein enormer Wohlfahrtszuwachs und damit ein Gewinn an Lebenschancen für einen immer größeren Teil der Bevölkerung.

Ein Wirtschaftswunder *Erhard'scher* Dimension hat beispielsweise die indischen Mittelschichten erreicht. Längst ist das erste Auto gekauft oder in Reichweite, das Handy sowieso, der erste Urlaub im Ausland geplant, die medizinische Versorgung deutlich verbessert. Vor 20 Jahren war das noch fast undenkbar. Damals war es der indischen Planwirtschaft lediglich gelungen, den ärgsten Hunger zu beseitigen.

Auch die Demoskopien berichten von einer wachsenden Skepsis in Deutschland gegenüber den Leistungen der Marktwirtschaft. Vom deutschen Wirtschaftssystem hat nur noch jeder vierte Bürger eine gute Meinung. Das ist der geringste Wert seit 15 Jahren. Laut Allensbach-Institut stimmte im vergangenen Jahr rund die Hälfte der Bundesbürger dem Satz zu: „Marktwirtschaft führt automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit und macht Reiche immer reicher und Arme immer ärmer.“ Jeder dritte Deutsche hält hohe Gewinne für unmoralisch. Dass die Globalisierung für Deutschland vorteilhaft sei, glaubt nur jeder fünfte, hat der Bankenverband in diesem Jahr ermittelt. Und nur wenig mehr als die Hälfte der Bürger stimmt der Aussage zu: „Die Menschen sollten nicht so sehr auf den Staat vertrauen, sondern ihre Probleme selbst in Angriff nehmen.“

Wuchernde Regulierung

Aber kann die Zustimmung zum Markt überhaupt größer sein in einem Land, in dem mehr als jeder zehnte keinen Arbeitsplatz hat, die Sorge um den Arbeitsplatz bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht, Jugendliche schon in der Schule fürchten müssen, später nicht gebraucht zu werden? Wer in die Wohlstand mehrende Arbeitsteilung der Gesellschaft nicht mehr richtig eingebunden ist, weil er keine bezahlte Arbeit findet, kann auch als Konsument nur noch eingeschränkt am Markt teilhaben. Wenn die Marktwirtschaft nicht das Gut, das die Voraussetzung für alle anderen ist, liefert – nämlich Arbeit –, muss sich niemand wundern, dass die Akzeptanz sinkt.

Wer aber versagt hier, der Markt oder der Staat? Es ist der Staat! Die deutsche Wirtschaftspolitik hat den Arbeitsmarkt von Anfang an im Verein mit den Tarifparteien weitgehend außer Kraft gesetzt. Ausgerechnet der Arbeitsmarkt ist in Deutschland kein Markt, und der Lohn ist kein sich frei am Markt bildender Preis.

Das hat jetzt wieder der renommierte „Economic Freedom Report“ bestätigt, der regelmäßig untersucht, wie es um die wirtschaftliche Freiheit in der Welt bestellt ist. Während Deutschland insgesamt noch ganz gut abschneidet und sich unter den ersten 20 der untersuchten 130 Länder hält, ist es um die Freiheit am Arbeitsmarkt schlecht bestellt. Mit Rang 104 gehört Deutschland hier zu den Ländern mit der umfassendsten Regulierung.

Während nach und nach in so manchem Markt, dessen Öffnung *Erhard* misslang – beispielsweise den Märkten für Energie, Wohnungsbau, Telekommunikation, Post und Fernsehen –, Wettbewerb Einzug gehalten hat, passierte am Arbeitsmarkt über Jahrzehnte das Gegenteil: Eingriffe und Regulierungen wurden immer zahlreicher.

In den 80er Jahren wurde die – inzwischen widerlegte – These populär, den entwickelten Gesellschaften gehe die Arbeit aus. Aus ihrer Sicht folgerichtig schlugen die Gewerkschaften vor, die Arbeit zu rationieren – mit verheerenden Folgen für die Beschäftigung. Die Arbeitszeitverkürzung trieb die Kosten in die Höhe, denn natürlich sollten die Einkommen auch bei geringerer Arbeitszeit möglichst unverändert bleiben.

Die Politik schlug vor, die Älteren vorzeitig aus dem Markt zu nehmen, um den Jungen den Einstieg zu erleichtern. Mit verlockenden finanziellen Anreizen wurden sie in den Vorruhestand befördert. Die Kosten wurden über die Sozialbeiträge auf die verbliebenen Arbeitsplätze umgelegt, die dadurch noch teurer wurden. Das hat den Jüngeren wenig gebracht und die Rationalisierung gefördert. Arbeit wurde durch Maschinen ersetzt.

Darüber hinaus wurde Zug um Zug der staatliche Schutz der Arbeitsplatzbesitzer ausgebaut – zulasten derer, die eine Stelle suchen: Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung bei Krankheit, das Entsendegesetz, demnächst vielleicht der flächendeckende Mindestlohn. Und als ob das alles noch nicht reiche, redet der Staat nun noch durch eine ausufernde Gleichstellungspolitik mit, wenn Unternehmen Stellen besetzen. Ein Eingriff zieht den anderen nach sich.

Deshalb debattieren wir nun darüber, wie der Staat die mit seinem Zutun und seiner Billigung marktfremd hochgehobenen Löhne wieder heruntersubventionieren könne. Dauerhafte Lohnzuschüsse für Ältere, für Jüngere, für Langzeitarbeitslose sind immer weniger tabu. Das Ifo-Institut wirbt für ein Kombilohn-Modell, über das Millionen Beschäftigte regulär und dauerhaft vom Staat alimentiert werden sollen. Andere Ökonomen und Politiker gehen noch weiter: Sie regen an, jedem Einwohner ein bedingungsloses Grundeinkommen zu geben.

Aber kann eine Marktwirtschaft Bestand haben, wenn es zum System gehört, zwei Einkommen zu beziehen – eine Grundsicherung vom Staat und ein mehr oder weniger großes Zubrot vom Markt? Was heißt das für die Sicht auf den Wettbewerb, wenn sich ihm immer weitere Teile der Gesellschaft nicht stellen müssen? Welche Folgen hat das für die Verbliebenen, die mit ihrer Leistung für alles aufkommen sollen?

Wie viel Staat verträgt der Markt?

Es wird Zeit, den Markt und seine Leistungen als Garant sozialer Sicherheit und individueller Freiheit wieder offen zu bewerben. Bisweilen geschieht das sogar schon. Ein Lichtblick ist die Bildungsdebatte. Gegen die Pisa-Studie und ähnliche Untersuchungen mag man vieles einwenden, aber die



angestoßene Diskussion führt Richtung Markt, und der Markt entpuppt sich auch im Bildungsbereich als Motor für mehr Qualität: Wettbewerb ist im deutschen Bildungssystem nicht länger tabu, Elite kein Schimpfwort mehr. Der Staat billigt den deutschen Universitäten und Schulen größere Entscheidungsrechte zu, Eltern und Studenten gewichten die Angebote so kritisch wie nie, ein Qualitätswettbewerb ist in Gang, durch Studiengebühren könnte gar ein Preismechanismus entstehen. Letztlich liegt hier ein Schlüssel, um auch die Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt zu mildern.

Gibt es noch mehr Lichtblicke? – Abwarten! Zwar hat der SPD-Vorsitzende *Kurt Beck* vergangene Woche eine Debatte um die Leistungsträger entfacht. Ist sie ernst gemeint, müsste sie sich aber rasch mit den Fesseln befassen, in die der deutsche Staat die Leistungsträger geschlagen hat. Was wäre, wenn die beiden Volksparteien hierüber in einen kritischen Wettstreit träten, statt zum Kartell für den Staat und gegen die Mitte zu fusionieren?

Wir sollten es lieber nicht darauf ankommen lassen, auszuloten, wie viel Staat der Markt noch trägt. Die mageren deutschen Wachstumsraten der vergangenen Jahre sprechen eine allzu deutliche Sprache. Mit dem Motto „so wenig Markt wie nötig, so viel Staat wie möglich“ riskiert Deutschland nicht nur seinen Wohlstand, sondern auch seine offene, freie Gesellschaft.

Auf Dauer kann es nicht gelingen, die notwendige Zustimmung zur Marktwirtschaft allein über das

Versprechen einer immer ausgeklügelteren und ausgreifenderen staatlichen Organisation des Sozialen zu gewährleisten. Auf diesem Weg kommen zwangsläufig jene abhanden, die bereit sind, Risiken zu tragen und in ihre Ausbildung und in neue Ideen zu investieren.

Diese Gefahr machen wir uns alle vielleicht noch zu wenig bewusst. Denn die, die dem Markt da abhanden kommen, kündigen das nicht groß an. Wer nicht mehr investiert, sich weniger anstrengt, weil es sich nicht lohnt, wer das Land verlässt, weil ihm hier der Raum fehlt, seine Talente zu entfalten und die Erträge zu genießen, ist niemandem Rechenschaft schuldig. Der Markt fragt nicht nach den Motiven für Tun und Lassen.

In einer Welt, die auch der Mobilität der Arbeitskraft immer weniger Hürden entgegensetzt, ist auch immer weniger zu erwarten, dass der Frust die Leistungsträger bewegt, politisch aktiv zu werden und Mehrheiten für den Markt zu suchen. Das erscheint ohnehin zunehmend schwierig in einem Land, in dem 40 Prozent der Haushalte einen großen Teil ihres Einkommens über den Staat beziehen.

Demokratie hat ohne die wirtschaftliche Freiheit, die der Markt schafft, keinen Bestand. Der Markt wiederum hat in einer Demokratie keinen Bestand, in der ihm die Mehrheit die Unterstützung entzieht. Wegen dieser Wechselwirkung müssen wir alles tun, damit die hierzulande spürbare Markt-skepsis nicht die Oberhand gewinnt. ■